



Das

Reichsbanner

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN

D 20179 F

Nr. 4

30. Jahrgang

Dezember 1986

»Das Land,
das die Fremden
nicht beschützt,
geht bald unter.«

Goethe

**Ausländer
sind Mitbürger**



Arbeiterwohlfahrt
Deutscher Caritasverband
Deutscher Gewerkschaftsbund
Diakonisches Werk

DGB



Wohin

Aufenthaltsvisum? Mein lieber Freund,
sparen Sie Mühe und Zeit und Worte.
Wir haben uns endgültig eingezäunt.
Bei uns sind genügend von Ihrer Sorte.
Europa wimmelt an allen Kanten
von Emigranten.

Sie wären besser zu Haus geblieben.
Terror? Verfolgung? Wie dem auch sei.
Solche Geschichten sind meist übertrieben.
Kein Wunder. Geschädigte sind Partei.
Neutrale Leute, die drüben waren,
sind gut gefahren.

Ihre Gesinnung? Gewiß. Gewiß.
Sie hindert manches in manchem Falle.
Sie ist für jeden ein Hindernis.
Gesinnung haben wir schließlich alle
und müssen uns trotzdem - wozu da lügen -
dem Zwange fügen.

Und Leute, die sich nicht fügen wollen,
die passen nur selten in ihre Zeit.
Wenn wir die alle ernähren sollen!
Sagen Sie selber. Das führt zu weit.
Sie müssen uns schon den Dienst erweisen
und weiterreisen.

(Aus „Lied am Grenzpfahl“ von Hans J. Reinowski, 1933 nach
seiner Flucht aus NS-Deutschland.
Eingesandt von Heinrich Klein, MdB. Dieburg).

**Wir wünschen allen Mitgliedern, Leserinnen und Lesern ein
besinnliches Weihnachtsfest
und ein
friedvolles Jahr 1987**

Rechtsextremismus Phantom oder Gefahr?

1981 stellten die Sicherheitsbehörden eine deutliche Zunahme von Gewalttätigkeiten durch Rechtsextremisten heraus: die Gewaltandrohungen waren in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr um mehr als 50% auf 189 gestiegen, während die Gewalttaten auf 92 zurückgingen. 1985 sind die Gewaltandrohungen auf 127 zurückgegangen, die Gewalttaten wurden mit 69 angegeben. Scheint sich hier eine Entwicklung zum Guten abzuzeichnen, so sieht das bei den Mitgliederzahlen anders aus:

1981 sind in 73 rechtsextremistischen Organisationen 20.300 Mitglieder gezählt; 1985 in 78 Organisationen 22.100 Mitglieder.

Betrachtet man hingegen innerhalb dieser Mitgliedschaft die Zahl der als besonders gefährlich einzustufenden sogenannten Neonazis, so stellt man - wenn die amtlichen Zahlen zugrundegelegt werden - einen kontinuierlichen Rückgang seit 1981 fest: wurden 1981 1.850 Neonazis gezählt, so waren es im vergangenen Jahr nur noch 1.420.

Das was sich verändert hat, ist die Zahl der sogenannten Nationalfreiheitlichen, also der Gruppen, die sich in Gesinnungsgemeinschaften wie der Deutschen Volksunion des Münchner Verlegers Frey organisieren, denn ihre Mitgliedschaft ist dort seit 1981 weiter gewachsen auf ca. 12.000.

Bei diesen Entwicklungen ist die NPD mit einer konstanten Mitgliedszahl um 6.000 unverändert bedeutungslos - wie auch die Wahl in Bayern gezeigt hat.

Angesichts dieser Zahlen könnte man natürlich fragen, weshalb beschäftigt sich die SPD mit „Rechtsextremismus“, wenn doch offenkundig die Zahlen auf abnehmende Gefährlichkeit hindeuten.

Aber da ist etwas anderes, was uns Sorgen macht: Es gab eine landläufige Meinung bei Gründung der Bundesrepublik Deutschland, die alten Nazis würden aussterben, dann erledige sich das Problem von selbst. Dem war keineswegs so: Bei jungen Menschen bis hin zu 13- bis 14-jährigen Schülern finden Parolen und Verhaltensweisen Anklang, die eine Verbindung zum Nationalsozialismus zu haben scheinen. Ich räume ein, Adolf Hitler ist nicht bei allen der große Führer; man sucht neue Helden, neue Formen, neue Ideologien, weicht auch schon einmal auf Außenseiter des Nationalsozialismus wie etwa die Straßenbrüder aus. Gleichwohl ist unverkennbar: durch Symbolik - Hakenkreuz, Wolfsangel, SS-gleiche Uniformen - will man sich dem Publikum und der eigenen Anhängerschaft in einer Kontinuität darstellen. Uns muß also die Frage bewegen: wie weit reicht diese Verbindung? Ist sie eine rein äußerliche, will man gleichsam den Bürgerschreck spielen, was macht die Faszination einer Weltanschauung aus, die in der Praxis so grausam scheitert ist? Wozu finden schließlich Versuche statt, diese Ideologie, ihre Träger, ihr Vorgehen reinzuwaschen?

Unsere zweite Sorge ergibt sich aus dem Umstand, daß beim Thema „Rechtsextremismus“ immer von

einer vor Jahren gefundenen amtlichen Definition ausgegangen wird. Hingegen reichen Denk- und Verhaltensweisen, die zum Repertoire des Rechtsextremismus gehören, erheblich weiter in unsere Gesellschaft hinein, wenn auch nicht in der Bündelung, die den Rechtsextremismus ausmacht, aber doch in Einzelausprägungen.

Wenn die Verfassungsberichte etwa als ein wesentliches Element des Rechtsextremismus nennen - ich zitiere den 85er Bericht des BMI - „Rassismus, der oft eine militante Juden- und Ausländerfeindlichkeit einschließt“ -, so stützt man: Judenfeindlichkeit hat sich in der Nachkriegsgesellschaft der Bundesrepublik Deutschland immer wieder gezeigt, gerade in Kreisen, die es empört zurückweisen würden, als extremistisch eingestuft zu werden.

Ausländerfeindlichkeit war eines der dieses Jahr beherrschenden Themen. Es wurde beileibe nicht nur von Rechtsextremisten intoniert: ich erinnere an Stimmen aus der Union, die von einer „Belastungsgrenze“ für Ausländer redeten - ehe die Asyldebatte aufkam; da wurde undifferenziert verlangt, eine Million Ausländer müßten unser Land verlassen, ohne daß gesagt wurde, wer das sein sollte, wer ihre Arbeitsplätze übernehmen sollte. Ich erinnere an den Stellenwert, den das Asylthema im bayerischen Landtagswahlkampf einnahm. Der Parteigründer Schönhuber, der sich bekanntlich durch eine „jüdische Verschwörung“ aus dem Amt des stellvertretenden Chefredakteurs beim Bayerischen Rundfunk gedrängt sah, konnte nicht zuletzt mit rassistisch anmutender Agitation gegen Flüchtlinge seine 3% Wähler in Bayern um sich scharen. Vieles von dem, was rechtsextremistisch ist, spielt sich offenbar gar nicht in den Organisationen ab, die der Innenminister zur Kenntnis nimmt.

Die entscheidende Frage ist: Was können wir tun, um die Reste eines alten Extremismus oder die Spuren eines neuen Rechtsextremismus auszutilgen. Selbst wenn uns die Zahlen Gefährlosigkeit signalisieren, sind wir es unserer Vergangenheit schuldig, dies nicht einfach laufen zu lassen. Wir sind kritischer Beobachtung durch das Ausland ausgesetzt - dies ist nicht grundlos. Unsere Chance nach der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland bestand darin, nicht kollektiv Schuld zu tragen - das verlangt niemand -, sondern, wie es Martin Broszat formuliert hat, „selbstkritischen Umgang mit der älteren und jüngeren Geschichte“, was er als das „beste Element politischer Gesittung, das seit den späten fünfziger Jahren allmählich in diesem Staatswesen entwickelt worden ist“, bezeichnet.

Quelle: ASV Nr. 10/86

Bücher, Bücher ...

Verfassungsschutz
in der
Bundesrepublik
Deutschland

Von Dr. H. Joachim Schwagerl.
1985. XVII, 361 Seiten. Gebunden. DM 88,-.
ISBN 3-8114-5785-3

Der Verfassungsschutz leitet seinen Auftrag vom Grundgesetz her. Sein Ziel ist es, den Kern der Verfassung zu schützen. Daher steht am Anfang der Darstellung die Schilderung der demokratischen Grundpositionen: Sie sind Maßstab und Orientierung für alle staatlichen Organe, also auch grundgesetzliche Vorgabe für den Verfassungsschutz. Unter diesen Gesichtspunkten erörtert der Verfasser Aufgaben und Tätigkeiten des nachrichtendienstlichen Verfassungsschutzes. Dabei setzt er sich auch mit dem Staatsschutz-Denken auseinander und zieht Grenzlinien zur polizeilichen Exekutive. Zugleich sieht er in der Veröffentlichung der Beobachtungsergebnisse eine Unterstützung der politischen Aufklärungs- und Bildungsarbeit; denn Verfassungsschutz ist in letzter Konsequenz immer Bürgerschutz. Schließlich werden Möglichkeiten der Kontrolle und des Rechtsschutzes gegenüber Maßnahmen des Verfassungsschutzes erörtert. Der Anhang mit den einschlägigen gesetzlichen Grundlagen und die ausführliche Erschließung des Textes durch Literatur-, Personen- und Sachverzeichnis runden die systematische Aufarbeitung des Stoffes ab.

Walter Fabian:

Die Kriegsschuldfrage.

Grundsätzliches und Tatsächliches zu ihrer Lösung.

Nachwort von Fritz Fischer. Donat & Temmen Verlag, 2800 Bremen. 140 S., 14 DM.

Die Frage nach der Schuld des Deutschen Reiches am Ausbruch des Ersten Weltkrieges war in der Weimarer Republik leidenschaftlicher Streitgegenstand. „Allein die Stichworte ‚Versailles‘ und ‚Kriegsschuldfrage‘ reichten aus, um Reaktionen auszulösen, die zumeist in einem übersteigerten Nationalsozialismus hineinmündeten“, schrieb Gustav Heinemann 1967. „Nur wenige in Deutschland behielten damals einen kühlen Kopf, verlangten mit einem schon Mut erfordernden Ausmaß an Zivilcourage und intellektueller Redlichkeit die sachliche, wissenschaftliche und kritische Selbstprüfung der deutschen Nation ...“ Zu diesen wenigen gehörte Walter Fabian, der unter anderem in den sechziger Jahren Chefredakteur der Gewerkschaftlichen Monatshefte war. Er hat 1925 als 23jähriger eine fundierte und kritische Darstellung der Kriegsschuldfrage verfaßt, in der die entscheidene Mitverantwortung des Reiches und insbesondere des deutschen Kaisers für die Auslösung des Ersten Weltkrieges überzeugend nachgewiesen wurde. Daß der heute 83jährige Professor Fabian 60 Jahre nach Erscheinen nichts von seinem - übrigens sehr verständlich

geschriebenen - Beitrag zurückzunehmen hat, ist eine großartige Leistung.

Reichsbanner intern

Ortsverein Frankfurt am Main ehrt Jubilare

Im Anschluß an die Bundesvorstandssitzung am 15. November 1986 fand im Haus Dornbusch eine vorweihnachtliche Feier mit Jubilarehrung statt, die der stellvertretende Bundesvorsitzende Karl-Heinz Jungmann vornahm.

Mit einer Ehrenurkunde und der goldenen Ehrennadel wurden für ihre über fünfzigjährige Mitgliedschaft ausgezeichnet:

Ludwig Knapp, Jakob Herter, Hans Peter, Rudolf Diehl, Anton Neubert und Marie Werkmann.

Mit einer Ehrenurkunde und Ehrennadel in Bronze wurden für über zehnjährige Mitgliedschaft

Paul Stein, Anneliese Bürner, Hans-Joachim Meyer und Otto Radke

geehrt.

Für die geehrten Mitglieder dankte Kamerad Neubert dem Ortsverein:

„Es wurde mir als Mitglied des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. sehr oft die Frage gestellt, welchen Sinn und Zweck unsere Organisation verfolge und welches Aufgabengebiet sie sich gestellt habe. Zu meinem größten Erstaunen wurde auch die Frage laut, ob es sich hierbei um eine nationalistische Vereinigung handle, was ich sehr energisch verneinte. Erstaunen über die Unwissenheit einiger Mitbürger über eine ehrwürdige, wahrhafte und demokratische Organisation war mir Anlaß, einige Zeilen, soweit es mein Wissen zuläßt, über das Wollen und die Ziele des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zu schreiben.

Das Reichsbanner wurde 1924 von ehemaligen Teilnehmern (Soldaten) des 1. Weltkrieges gegründet, welche - teils schwer verwundet zurückgekehrt - die Schrecknisse, Leiden und die Unsinnigkeit eines Krieges am eigenen Leib und in der Seele erfahren mußten.

Sie hatten mit der Gründung Reichsbanner beschlossen: '**Kampf** gegen Krieg, Rassenwahn, Unterdrückung des demokratischen Gedankens, Ausbeutung, politische Vergewaltigung, Verachtung wegen anderer Nationalität, anderer Religionsangehörigkeit und **Einsetzen** für erträgliche Lebensmöglichkeit für alle Menschen auf unserer Erde.'

Der Wunsch des Reichsbanner ist: 'Die demokratischen Parteien sollen sich nicht bis auf's Messer bekämpfen, sondern sich zum Wohle unseres Volkes einsetzen, damit die Ethik mehr gefördert wird und Gewaltverbrechen und Korruptionen, die ideell schädigend sind, entschiedener bekämpft werden.

Um mehr Kraft zum Einsatz für obige zweckdienliche Aufgaben zu bekommen, wäre es dem Reichsbanner sehr erwünscht, wenn es in Zukunft auf einen Zuwachs in seinen Reihen rechnen könnte.'

Heinrich L. Bode

Hintergrund des aus dem Nachlaß stammenden Romans ›Juanita‹ von Gustav Regler, der jetzt exklusiv für die Mitglieder der Bücher-gilde erscheint (Seite 43), ist der Spanische Bürgerkrieg. Arno Lustiger faßt in diesem Beitrag die historischen Ereignisse von damals zusammen.

›In Spanien ist der Himmel hell‹ ist nicht der Titel eines Schlagers, dies war vielmehr das Codewort und das Signal für einen Militärputsch unter Anführung faschistischer Generale, durch den die erst seit 1931 existierende Republik beseitigt und eine klerikal-faschistische Diktatur errichtet werden sollte. Als das Codewort am 17. Juli 1936 vom Radiosender Ceuta in Spanisch-Marokko ausgestrahlt wurde, begann der blutige Spanische Bürgerkrieg. An diesem Tag ist auch eigentlich der Zweite Weltkrieg ausgebrochen mit den Abermillionen von Toten in der ganzen Welt, der erst mit dem Abwurf der apokalyptischen Waffe, der Atombombe, neun Jahre später zu Ende ging.

Als am 1. April 1939 Franco triumphierend den Tagesbefehl über die Beendigung des Krieges ausgab, errang die Faschistenkoalition einen eindrucksvollen Sieg gegen Freiheit, Demokratie und Humanität. Hitler und Mussolini konnten ihre Pläne für weitere Angriffskriege in der Gewißheit vorbereiten, daß ihnen seitens der westlichen Demokratien kein ernsthafter Widerstand drohte. Spanien wurde zu einem gewaltigen Manövergebiet, dessen Bürger die Opfer waren. Die Luftwaffenpiloten, die dort den Luftterror einübten, legten fünf Monate später zunächst Warschau und dann weitere Städte in Asche. Berlin sollte am Ende das gleiche Schicksal erleiden.

Die Republik

Der Franco-Putsch und der blutige Bürgerkrieg waren nicht die ersten tragischen Ereignisse in der Geschichte des spanischen Volkes. Nach Jahrhunderten der Unterdrückung durch reaktionäre Könige und Adel, ausbeuterische Großgrundbesitzer, eine parasitäre Militärfaste, einen fanatischen rückständigen Klerus, aber auch durch fremde Invasoren, erhob sich das spanische Volk immer wieder gegen seine Bedrücker.

Nur langsam organisierten sich die Kräfte des Fortschritts. 1931 entstand die spanische Republik. In den Wahlen vom 16. Februar 1936 errang die Volksfrontkoalition 258 Mandate, darunter nur 16 für die Kommunisten, gegen 214 Sitze des Zentrums und der Rechten. Wenige Tage nach den Wahlen erfüllte die neue Regierung die Wahlversprechen: 30000 politische Gefangene wurden amnestiert, eine Boden-, Finanz- und Steuerreform ins Auge

gefaßt. Die Regierung Azaña gewährte den Basken und den Katalanen die langersehnte Autonomie.

Die fünf Jahre der Existenz der Republik seit 1931 waren durch politische Unruhen und anarchistische Revolten gekennzeichnet. 1934 unterdrückte die Armee auf Befehl der republikanischen Regierung blutig den Aufstand der asturischen Bergarbeiter. Vollstrecker dieser Aktion war General Franco. Die republikanischen Regierungen zwischen 1931 und 1936 waren ständig dem Druck der linken und rechten Radikalen ausgesetzt. Die Falangisten überfielen rebellierende Landarbeiter, die Anarchisten rechneten blutig mit Polizisten, Geistlichen und rechten Politikern ab.

Der Putsch

Der Aufruf Francos zum Aufstand gegen die Republik richtete sich an die im ganzen Lande verteilten Heeresgarnisonen, die Luftwaffe, Polizeitruppen und die Kriegsmarine. Die faschistischen Generale, die Mitverschwörer Francos, versuchten die Macht im Lande schlagartig zu ergreifen. Dies gelang ihnen im Westen und Norden Spaniens. Cádiz, Sevilla, Córdoba, Burgos und Zaragoza wurden von den Faschisten erobert. In allen anderen größeren Städten dagegen, in Madrid, Barcelona, Bilbao, Valencia, Cartagena, Alicante, Malaga und im gesamten Katalonien erhob sich das Volk, um die erst fünf Jahre alte Republik mit eigenem Leibe zu verteidigen.

Als der Franco-Putsch am 18. Juli 1936 in weiten Teilen Spaniens ausbrach, fiel die Republik faktisch auseinander. Obwohl eine Regierung aus bürgerlichen Parteien gebildet wurde, lag die Macht in den Händen der revolutionären Räte, der Gewerkschaften und der von den Arbeiterparteien schnell gebildeten Milizen. Erst mit der Berufung des charismatischen Linkssozialisten Largo Caballero zum Regierungschef mit einer Regierung, an welcher auch Kommunisten teilnahmen, hatte die demokratisch gebildete Regierungsmacht größeren Anteil am Geschehen.

Die Verteidigung der Republik

Doch zunächst mußte die Republik verteidigt werden. Die Abwehr des faschistischen Aufstandes nahm revolutionäre Formen an. Arbeitermilizen überwältigten die putschenden Garnisonen in Madrid, Barcelona und Valencia und eilten, fast ohne Bewaffnung oder militärische Ausbildung, an die Front. *Spanien ist in Gefahr! Erhebt euch alle*, rief die asturische Parlamentsabgeordnete Dolores Ibarruri, die legendäre Passionara, den Massen zu. *Seid bereit, die Republik, die Freiheit*

Vor 50 Jahren b der Spanische Bü

Arno Lustiger

und die demokratischen Errungenschaften des Volkes zu verteidigen. Nur dem Mut und der Opferbereitschaft der ›Milicianos‹ war es zu verdanken, daß zwei Drittel des Landes, darunter die lebenswichtigen Industriegebiete, für die Republik zunächst gesichert werden konnten.

Faschistische Intervention

Wie reagierte die Welt? Deutschland und Italien haben nicht lange mit einer massiven Hilfe gezögert. Die beiden Diktatoren, Hitler und Mussolini, erkannten schnell die Bedeutung eines faschistischen Spaniens für ihre eigenen strategischen Pläne. Über das nationalistische Gebiet Spaniens ergoß sich ein Strom von Rüstungsgütern und Soldaten. Göring sandte Transportflugzeuge zum Übersetzen der Truppen von Afrika nach Spanien. Die hervorragend ausgestattete deutsche Legion Condor verhalf Franco zu einer Überlegenheit in der Luft und auf dem Lande. Deutschland lieferte Hunderte von Flugzeugen, Panzern, Geschützen und sonstiges Kriegsmaterial. Italien schickte mit den 75000 Soldaten des CTV (*Corpo Truppe Volontarie*) Hunderte von Panzern, Flugzeugen, 250000 Gewehre, 9000 Maschinengewehre, 16000 Tonnen Fliegerbomben. Daneben kämpften in Spanien 20000 Portugiesen auf der Seite Francos, von denen 8000 gefallen sind. Francos Truppe wuchs von 32000 im Putschmonat Juli 1936 auf fast das Doppelte 10 Monate später im Mai 1937. Alles in allem eine eindrucksvolle faschistische Streitmacht.

Was tat der Westen?

Am 23. Juli 1936 riefen die in Brüssel versammelten Führer der

Sozialistischen Internationale alle demokratischen Staaten auf, den spanischen Arbeitern und Bauern zu Hilfe zu eilen. Die in Frankreich an der Macht befindliche Regierung der Volksfront unter Léon Blum schickte in den ersten Tagen einige Flugzeuge, Waffen und Munition. Aber sehr bald kam sie unter den Druck der einflußreichen konservativen und klerikalen Kreise, die zu Franco hielten. Pazifismus und Defaitismus lähmten große Teile der Linken. Die Furcht vor einem Weltkrieg ging um. Zudem klammerte sich Frankreich an das verbündete England. Die konservative britische Regierung unter Chamberlain riet dringend von einer Einmischung ab und befürwortete die Nichtintervention und ein Waffenembargo, die amerikanische Regierung praktizierte ein Embargo gegen die rechtmäßige Regierung, die spanische Republik.

Die Haltung der Sowjetunion

Gänzlich überraschend für alle war die zunächst passive Haltung der Sowjetunion. War es das Bemühen, sich an Frankreich und England, den potentiellen Verbündeten angesichts der Gefahr des Faschismus, zu binden? Lange Zeit kam kein Wort, weder von sowjetischen Staatsorganen noch von der Komintern. Aber vielleicht gab es noch andere Gründe. Der Ausbruch des Bürgerkrieges fiel zeitlich mit der großen Verhaftungs- und Prozeßwelle in der Sowjetunion zusammen. In diesen Prozessen wurde fast die gesamte Garde der Altbolschewiken, die zusammen mit Lenin den Sowjetstaat errichtete, wie Bucharin, Smirnow, Sinowjew, Kamenew und Radek, des Trotzkismus und weiterer unglaublicher ›Verbrechen‹ beschuldigt, zum Tode verurteilt und sofort hingerichtet.



Arno Lustiger forscht und schreibt über Themen der Zeitgeschichte mit jüdischen Bezügen. Er überlebte ein halbes Dutzend KZs, darunter Auschwitz und Buchenwald. Seit 1945 lebt er in Frankfurt. Er ist der letzte überlebende Mitbegründer der jüdischen Gemeinde Frankfurt nach dem Kriege. Seit 1982 recherchierte er in vielen Archiven der Welt und interviewte zahlreiche jüdische Spanienkämpfer, um den Anteil der Juden am Spanischen Bürgerkrieg zu erforschen. Sein Buch darüber erscheint demnächst in der Bücher-gilde.

egann rgerkrieg

Anfang Juni 1937 wurden Marschall Tuchatschewski und sieben weitere Generale der Spionage beschuldigt und hingerichtet.

Am 23. August trat auch die Sowjetunion dem von England und Frankreich vorgeschlagenen Nichtinterventions-Abkommen bei. Diesem Abkommen, einem Schandfleck der europäischen Politik dieses Jahrhunderts, traten noch weitere 21 europäische Staaten bei, auch solche, die mit dem Konflikt nicht im entferntesten etwas zu tun hatten. Um mit gutem Beispiel voranzugehen, führten die Initiatoren des Abkommens das Embargo gleich durch; Frankreich am 8. August, England am 15. August und die Sowjetunion am 28. August 1936. Die Sowjetunion unterschrieb das Abkommen hauptsächlich aus Angst, in der internationalen Arena isoliert zu werden.

Erst nach den Prozessen und Hinrichtungen in Moskau trat Mitte September 1936 das Exekutiv-Komitee der Komintern zusammen. Es war Dimitrow, der gleich mit der Sprache herauskam; Spanien wird nach dem Sieg keine altmodische demokratische Republik sein, sondern eine Volksdemokratie, kein Sowjetstaat, aber ein antifaschistischer, mit Beteiligung der linksgerichteten Bürger. Enteignung und Kollektivierung können warten. Erst muß der Krieg gewonnen werden. Die Arbeitermilizen müssen mit regulären Armee-Einheiten vereinigt werden in einer einzigen republikanischen Armee. Schon vorher aber, am 27. August 1936, kam der erste sowjetische Botschafter, der frühere Generalsekretär des Völkerbundes Marcel Rosenberg. Mit ihm kamen viele Spezialisten aus Heer, Marine, Luftwaffe, aber auch hohe Geheimpolizei-Offiziere sowie Journalisten wie Michail Kolzow und Ilja Ehrenburg. Rosenberg und Kolzow wurden 1938 erschossen. Es folgte eine gründliche und straffe Organisation der Streitkräfte nach dem Muster der Roten Armee. Jedem Einheitskommando war ein Politkommissar zugeteilt.

Die Internationalen Brigaden

Am wichtigsten für den weiteren Verlauf des Krieges war aber die

Aufstellung der Internationalen Brigaden. Die ›Interbrigaden‹ und ihre heldenhaften Kämpfer werden für immer das Symbol für den Kampf der fortschrittlichen Welt gegen die Barbarei des Faschismus bleiben. Jede menschliche, fortschrittliche Weltanschauung war vertreten. Zahlreiche Romane, Memoiren, wissenschaftliche Arbeiten, aber auch Filme, wie ›Wem die Stunde schlägt‹ nach Hemingways Roman fesseln uns noch heute, 50 Jahre später.

Über die Anzahl der Interbrigadisten streiten sich die Historiker seit fast 50 Jahren. Francos Propaganda-Maschine meldete durch ihren Sprecher Bolin 125 000 nichtspanische Bolschewisten. Sein eigener Geheimdienst dagegen kommt in internen Statistiken auf 54 000 Freiwillige; Castell schätzt 59 000 Freiwillige einschließlich Sanitäts- und sonstigen Personals. Diese Zahl ist realistisch. Ein Viertel von ihnen, 16 000, waren Franzosen, je über 5000 stellten Polen, Italiener und Deutsche, 3500 Briten, über 3000 Belgier, 1500 Skandinavier und Angehörige weiterer 45 Nationen kämpften für die Republik.

Durch ihre törichte und hasenfü-

nd Einwirkungsmöglichkeiten der spanischen Regierung, haben der republikanischen Sache, außer ihrer menschlichen und moralischen Verwerflichkeit, einen großen Schaden zugefügt. Die Faschisten konnten in der westlichen Welt die Angst vor einem Sowjet-Staat auf spanischem Boden, mit Staatsterror nach Moskauer Muster, schüren.

Die sechs Interbrigaden wurden als Eliteeinheiten an den schwierigsten und gefährlichsten Frontabschnitten eingesetzt. Dies gewann ihnen Respekt, Achtung und Liebe der spanischen Bevölkerung. Bereits im Juli verteidigten internationale Milizgruppen Tardienta und Huesca. Unvergessen für immer wird die Verteidigung von Madrid vom November 1936 bis Februar 1937 bleiben. Anschließend führten sie verlustreiche Kämpfe am Jarama und in der Guadalupe. Bei Brunete sind viele Interbrigadisten gefallen, weil dort vier Interbrigaden die Offensive vortrugen. Im Sommer, Herbst und Winter 1937 folgten die Schlachten von Quinto, Belchite und Teruel. Im Frühjahr 1938 verteidigten alle sechs Interbrigaden die Ostfront, wo die Faschisten ungeheure Mengen an Menschen und

den Faschisten relativ große Gebiete abzutrotzen.

Das Ende der Republik – der Anfang des Weltkriegs

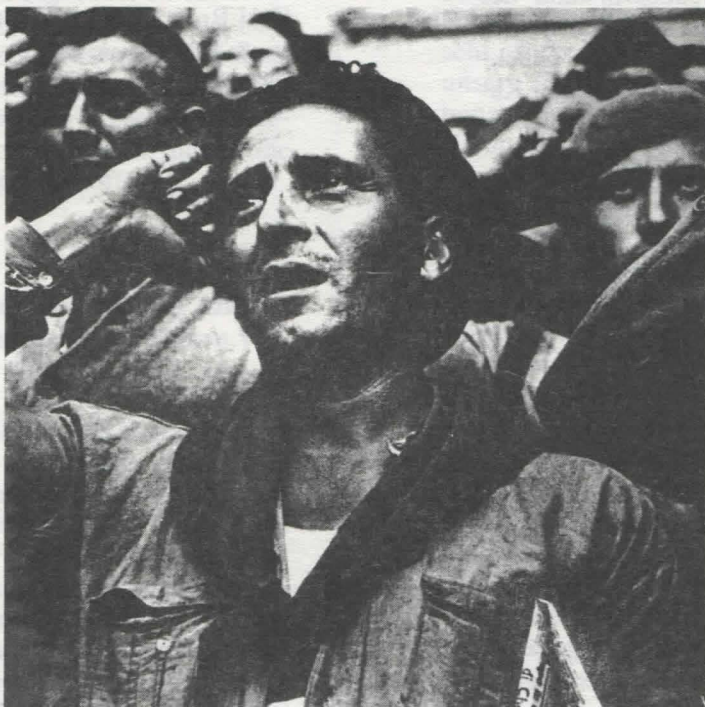
Im September 1938 jedoch konnte die republikanische Armee keine Reserven mehr einsetzen. Das Embargo schlug voll durch. An der spanisch-französischen Grenze stauten sich Transporte mit Hunderten von Panzern, Geschützen und Flugzeugen, die von der französischen Regierung nicht durchgelassen wurden. Im Mittelmeer griffen italienische U-Boote zahlreiche sowjetische und selbst britische Schiffe mit Kriegslieferungen für die Republik an und versenkten viele von ihnen. Ende 1938 hörte auch die Sowjetunion mit den Lieferungen auf. Die Welt hatte die Republik aufgegeben.

Als keine vernünftige Hoffnung auf einen glücklichen Ausgang des Krieges mehr bestand, beantragte Regierungschef Negrin beim Völkerbund am 21. September 1938 die Entlassung und Heimführung aller ausländischen Kombattanten auf beiden Seiten. Am nächsten Tag wurden nach und nach alle Interbrigaden von der gerade tobenden Ebro-Schlacht zurückgezogen und in nach Nationalgruppen aufgeteilten Repatriierungslager verlegt. Die repatriierungsfähigen Spanienkämpfer, wie Franzosen, Engländer, Amerikaner usw., fuhren nach Hause. Die Italiener, Deutschen, Polen und Österreicher, die Juden – sie alle hatten keine Heimat mehr, sie blieben in Spanien, meldeten sich freiwillig, um die Flucht der Zivilbevölkerung nach Frankreich zu decken. Als Letzte verließen sie spanischen Boden Ende März 1939 mit dem Bewußtsein, daß ihr und ihrer gefallenen Kameraden Opfer umsonst waren. Sie wurden sofort unter unmenschlichen Bedingungen in provisorischen Internierungslagern, zum Teil unter freiem Himmel, in Südfrankreich und in der Sahara-Wüste interniert.

Am 1. September 1939, fünf Monate – auf den Tag genau – nach Ende des Spanischen Bürgerkrieges am 1. April 1939, griffen die aus Spanien bekannten Junkers, Heinkels und Messerschmitts polnische Städte an. Von nun an bis 1945 sollte es Hunderte von Guernicas geben.

Gegen Ende des Bürgerkrieges schrieb Georg Orwell zum Andenken an seinen Kampfgenossen, einen antifaschistischen italienischen *Miliciano*, ein Gedicht, dessen letzte Strophe lautet:

*Your name and your deeds
were forgotten
Before your bones were dry,
And the lie that slew you is
buried
Under a deeper lie.*



Spanienkämpfer. Foto aus: Robert Capa. Photographien (s. S. 42)

ßige Embargo-Politik schufen die Westmächte eine Situation, in welcher die Sowjetunion das Monopol auf Militärhilfe hatte. Diese Situation wurde von den militärischen, politischen, geheimdienstlichen und sonstigen Stellen der Kommunisten voll ausgenutzt. Die in der Sowjetunion in Gang befindliche Jagd nach Trotzkiisten, Agenten, Abweichlern etc. wurde nach Spanien zusammen mit einer großen Schar sowjetischer Geheimpolizisten importiert. Die von diesen verübten Willkürakte, oft ohne Wissen

Kriegsmaterial einsetzten. Caspe wurde von den fünf Brigaden XI bis XV verteidigt, Candesa und Lerida von den Brigaden XI, XIII und XV. Im Juli 1938 entschloß sich die Armeeführung zu einer riesigen Anstrengung, die die letzte Offensive der Republik werden sollte, die Schlacht am Ebro. Durch fast übermenschliche Leistungen der Interbrigadisten, die mit der ungeheuren Überlegenheit der Faschisten an Panzern, Geschützen und Hunderten von Flugzeugen fertig werden mußten, gelang es in kurzer Zeit,

Josef Scheich

In der Nacht zum 15.11.1986 verstarb unerwartet der langjährige Schatzmeister des Ortsvereins Frankfurt am Main, Josef Scheich.

Josef Scheich war ein unermüdlicher Kämpfer und harter Arbeiter. Er hat sich für das Reichsbanner verdient gemacht.

Für seine aufopfernde Mitarbeit bleiben wir Josef Scheich zum Dank verpflichtet. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Siegfried Keiling 75

Am 28.10.1986 vollendete Siegfried Keiling sein 75. Lebensjahr. Für den Bundesvorstand des Reichsbanner überbrachten die Kameraden Georg Prinz und Alfred Körner herzliche Glückwünsche. Sie konnten an diesem Tag einen Kameraden ehren, der auf lange Jahre aktiver Arbeit im Reichsbanner zurückblicken kann.

Obwohl Kamerad Keiling im Januar 1986 seine Funktionen als stellvertretender Bundesvorsitzender und Bundessekretär verlor, setzt er sich als Vorsitzender des Ortsvereins Bad Homburg weiter für das Reichsbanner ein. Dafür gebührt ihm Dank.

Diamantene Hochzeit

Am 09.10.1986 feierten Johann und Anna Seipp ihre diamantene Hochzeit. Beide können auf ein bewegtes politisches und privates Leben zurückblicken. Für den Vorstand des Ortsvereins Frankfurt am Main und den Bundesvorstand gratulierte Alfred Körner zum 60-jährigen Ehejubiläum unserer Mitglieder Anna und Johann Seipp. Alfred Körner würdigte in einem kurzem Rückblick den Lebensweg von Anna Seipp, geboren 1905 und Johann Seipp, geboren 1904. Johann Seipp gehört zu den ersten Mitgliedern des Reichsbanner aus dem Jahre 1924.

Wir wünschen den Jubilaren noch Glück und Gesundheit für viele weitere gemeinsame Jahre.

in memoriam Franz Osterroth

Unser Kamerad, Franz Osterroth, Lübeck, ist verstorben. Er war Mitbegründer des Reichsbanner 1924 und Redakteur der Reichsbannerzeitung.

Wir verlieren mit ihm einen unermüdlichen Kämpfer, der bis zu seinem Lebensende an das Gute im Menschen glaubte. Geistige Anregungen erhielt er vom Elternhaus (der Vater war ein bedeutender Bergarbeiterführer). Schon mit 20 Jahren war Franz Osterroth Redakteur des „Jungborn“.

Der am 8. März 1900 in Eisenberg in der Pfalz geborene Franz Osterroth trat früh der Arbeiterjugend bei. Nach dem denkwürdigen Reichsjugendtag 1920 in Weimar war er begeistert tätig in der autonomen jugendpflegerischen Gestaltung der Jugendbewegung: **Für die Erneuerung des ganzen Menschen.** 1923 gründete er u.a. mit August Rathmann, Theodor Haubach, Gustav Dahrendorf, Herta Gotthelf, Karl Bröger, Werner Jakobi, Heinrich Deist und Fritz Steinhoff den „Hofgeismarer Kreis“.

Franz Osterroth war Mitarbeiter und Herausgeber zahlreicher Publikationsorgane: Weißbuch des deutschen Widerstandes gegen Hitler, das Biographische Lexikon des Sozialismus, die dreibändige Chronik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und darüber hinaus Mitinformator des 496 Seiten Bandes „**Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**“ von Karl Rohe (Droste Verlag, Düsseldorf).

Quelle Lebensdaten: ASV
Heinrich L. Bode

Das Reichsbanner

Erscheint seit 1924

Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV), und des Freiheitsbundes e.V. Berlin.

Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ ist eine Publikation des Bundesvorstandes des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77, Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.

„Das Reichsbanner“ erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 6,00 DM zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluß.

Gesamtherstellung: Druckerei Industrierwerbung Nold, In der Römerstadt 12, 6000 Frankfurt am Main 50.

Redaktion: Karl-Heinz Jungmann (presserechtlich verantwortlich), Heinrich Bode (Pressereferent und Redakteur des Bundesvorstandes), Hartmut Schutz (Redakteur).

Anschrift des Verlages der Redaktion und des Vertriebs: Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.

Kommentar

Die Vorgänge um die Neue Heimat haben zu einer tiefen Vertrauenskrise von Gewerkschaftsmitgliedern zum DGB und dessen Einzelgewerkschaften geführt. Die Mitglieder sind zurecht verärgert. Es wäre jedoch falsch, über die Gewerkschafter zu Gericht sitzen zu wollen, die den Auftrag hatten, die Neue Heimat zu retten. Ein Zusammenbruch des Wohnungsmarktes in der Bundesrepublik Deutschland durch einen Konkurs der Neuen Heimat hätte weder den Mietern noch den Gewerkschaftsmitgliedern genutzt.

Zu kritisieren ist jedoch die gewerkschaftliche Informationspolitik und der nachlässige Umgang mit dem Auftrag der Kontrolle des Wirtschaftsgebahrens gewerkschaftlicher Unternehmen. Nicht entschuldigt werden kann das strafrechtlich zu würdigende Verhalten des früheren Vorstandsvorsitzenden der Neuen Heimat, Albert Vietor. Hier, wie im Fall Lappas war es richtig, daß der gewerkschaftliche Selbstreinigungsprozeß zur Funktionsenthebung bzw. zum Rücktritt geführt hat.

Politiker, Banken und die Wohnungswirtschaft insgesamt dürfen sich jedoch ebenfalls nicht aus der Verantwortung stehlen. Die Grundstückspreise und Kapitalzinsen, die letztlich mitverantwortlich für das Desaster der Neuen Heimat waren, wurden nicht von den Gewerkschaften hochgetrieben. Auch die Neue Heimat konnte sich mit ihrem Geschäftsgebahren nur am Markt orientieren.

Das Dilemma der Gemeinwirtschaft ist, daß sie ihre Ideale in unserer Gesellschaft nur mit kapitalistischen Marktprinzipien verwirklichen kann.

Alle Gewerkschaftsgegner, die konservativen Politiker und die kapitalistisch orientierten Kräfte der Bundesrepublik Deutschland nutzen das Thema „Neue Heimat“ und die daraus resultierenden Schwächen der Gewerkschaften zu ihrem Vorteil aus. Sie wollen die Gewerkschaften politisch und finanziell disziplinieren. Dabei geht es ihnen nicht um eine völlige Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung. Gewerkschaften, die im Betrieb für Ruhe sorgen, sind erwünscht.

Die Arbeiterbewegung braucht starke und handlungsfähige Gewerkschaften. Die Beseitigung von Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzvernichtung durch Rationalisierung, die Sicherung des Friedens, die Verhinderung weiterer Umweltzerstörung und die Bekämpfung der Neuen Armut können ohne starke Gewerkschaften nicht erfolgreich abgeschlossen werden.

Karl-Heinz Jungmann

Nachrichten, Namen, Notizen

Ausstellung über jüdische Emigration:

Die systematische Unterdrückung und Entrechtung der Juden in Deutschland noch vor dem Holocaust ist das Thema der Ausstellung „Die jüdische Emigration aus Deutschland 1933-1941“, die am 7. Oktober 1986 in Bonn eröffnet wurde und noch bis zum 4. Januar nächsten Jahres zu sehen ist.

Das Konzept für die Ausstellung hat die Deutsche Bibliothek erarbeitet. Sie war im besonderen dazu berufen, wie der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Franz Kroppenstedt, bei der Ausstellungseröffnung sagte, denn nach ihrem gesetzlichen Auftrag sammelt sie u.a. Zeugnisse des literarischen, politischen und wissenschaftlichen Exils.

Der Staatssekretär: „Noch heute stehen wir fassungslos vor dem, was unseren jüdischen Mitbürgern angetan worden ist: daß es geschehen konnte, gleichsam unter unseren Augen, daß viele es in tatenlosem Schweigen hingenommen haben.“ Die Ausstellung beschreibe den richtigen Weg, „nämlich den Weg, der geschichtlichen Wahrheit auf den Grund zu gehen, um zu verhindern, daß Unfreiheit, Unterdrückung und Mord in Deutschland je wieder zu politischen Instrumentarien werden“.

Die Ausstellung, die unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten steht, ist in der Bonner Kurt-Schumacher-Str. 19 zu besichtigen. Öffnungszeiten: täglich 10-17 Uhr, freitags 10-15 Uhr.

Quelle: Innenpolitik

Lebendige Kultugesellschaft

57 Millionen Besucher kamen 1984 in 2234 Museen unseres Landes.

Die 195 Theater - staatliche und kommunale Theater, öffentlich geförderte Privattheater sowie Festspielbühnen - verzeichneten 25 Millionen Besucher. Die 38 selbständigen Kulturorchester hatten 1,3 Millionen Zuhörer. Die rund 720 Musikschulen besuchten ca. 700 000 Musikschüler. In Chören und Instrumentalgruppen sind 6 Millionen Bürger als Laienmusizierende organisiert, darunter ein Drittel Jugendliche.

Auf der Frankfurter Buchmesse 1985 präsentierte der Buchhandel 50 000 deutschsprachige Buchtitel, darunter ca. 11 000 Titel Belletristik.

Die 2 700 öffentlichen Bibliotheken verleihen gegenwärtig fast 170 Millionen Bücher pro Jahr.

Sichert die Post - rettet das Fernmeldewesen

Mit einer bundesweiten Aktion startet die Deutsche Postgewerkschaft im Oktober. Sie will damit gegen die mächtige Allianz, die die Bundespost zerschlagen will, angehen.

Wenn man den Ankündigungen der Regierungsparteien Glauben schenken kann, dann will die konservativ-liberale Bundesregierung gleich nach den Wahlen in großem Umfang öffentliche Dienstleistungen privatisieren. Ganz oben an der Liste steht die Deutsche Bundespost.

Alle bisher bekannten Forderungen trennen die Hoheitsaufgaben von den Dienstleistungen, die im Wettbewerb angeboten werden sollen. Übrigbleiben würde eine Rumpfpfost.

Hauptopfer wären die Beschäftigten und die Postkunden. Denn würden Post- und Fernmeldewesen getrennt, würde der wichtigste Vorteil des Verbundes entfallen: Die Mischkalkulation, die einen Kostenausgleich zwischen Dienstzweigen, die Überschüsse erbringen und solchen, die aus gesellschaftlichen bzw. politischen Gründen nicht kostendeckend arbeiten, ermöglicht.

Die Bürger als Postkunden hätten verteuerte oder verringerte Dienstleistungen zu erwarten. Für die Beschäftigten würden Lohn- und Arbeitsbedingungen schlechter.

Die DPG fordert eine Garantie, daß jeder an jedem Ort zu gleichen Bedingungen die Dienste der Post in Anspruch nehmen kann und daß das Dienstleistungsangebot fortentwickelt wird.

Frauen nicht zu den Waffen

Die Forderung der FDP-Politikerin Irmgard Adam-Schwaetzer, Frauen in der Bundeswehr an Waffen auszubilden wurde von der CSU strikt abgelehnt. Der wehrpolitische Sprecher der CSU-Landtagsfraktion in Bayern, Manfred Weiß, erklärte, es gebe „gravierende Argumente“, die ein Rütteln an der Grundgesetzbestimmung, daß Frauen keinesfalls Dienst mit der Waffe leisten dürften, „generell“ verböten. Weder der gegenteilige Wunsch einiger Bewerberinnen noch die Praxis in anderen Ländern könnten als Begründung für eine Grundgesetzänderung herangezogen werden.

Vorgestellt:

Gesellschaft für politische Aufklärung

In Österreich hat sich die "Gesellschaft für Politische Aufklärung" konstituiert. Das erklärte Ziel dieser Gesellschaft ist, neonazistische und andere rechtsradikale Strömungen zu bekämpfen - nicht mit den Mitteln der Polizei und der Justiz -, sondern mit den Instrumenten der Information und der Aufklärung. Diese Gesellschaft geht auf eine Anregung des früheren Bundeskanzlers, Bruno Kreisky, zurück.

Die Gesellschaft für Politische Aufklärung versteht sich selbstverständlich als eine politische Initiative, aber ebenso selbstverständlich kann und will sie nicht parteipolitisch etikettiert werden. Ihr gehören Angehörige verschiedener politischer Parteien ebenso an wie parteilose Österreicher. Die verschiedensten Aufgaben dieser Gesellschaft werden auf zwei Ebenen konzentriert sein:

- Zusammenfassung und Koordinierung schon bisher laufender Aktivitäten, wie etwa im Bereich Politische Bildung und Zeitgeschichte;

- Anregung und Durchführung neuer Initiativen, die auf konkrete Bedrohungen demokratischer Einrichtungen und demokratischen Bewußtseins durch rechtsradikale Strömungen antwortet und auch demokratische Einstellungen verstärkt und so immunisiert.

Die Aktivitäten der Gesellschaft für Politische Aufklärung finden vor allem in verschiedenen Arbeitskreisen statt - so ist ein Arbeitskreis bemüht, durch verschiedene Veranstaltungen vor allem in Gebieten mit einer seit längerer Zeit zu beobachtenden Neigung zu rechtsextremen Verhaltensformen, rechtsradikalen Parolen (wie z.B. "Ausländer raus") entgegenzuarbeiten. Ein weiterer Arbeitskreis versucht, den Medien und einzelnen Journalisten Informationen zukommen zu lassen, die - abermals unabhängig von der konkreten parteipolitischen Orientierung - in der österreichischen Medienlandschaft mehr Sensibilität für die Gefahren des aktuellen Rechtsradikalismus hervorbringen sollen. Ein dritter Arbeitskreis bemüht sich, Multiplikatoren (Lehrer und Lehrerbildung, Richter und Richterausbildung, Bundesheer und Ausbildung im Bundesheer etc.) zu erreichen und Material sowie andere Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen, um auch hier ein kritisches und demokratisches Bewußtsein gegenüber rechtsradikalen Neigungen zu fördern. Ein anderer Arbeitskreis wiederum beabsichtigt, wissenschaftliche Erhebungen im Bereich der gesellschaftlichen Vorurteile anzuregen und durchzuführen.

Die Gesellschaft für Politische Aufklärung umfaßt bewußt Personen, die in den verschiedensten Bereichen tätig sind - in den Medien, an den Universitäten, in Jugendorganisationen, in Bereichen der Kunst. Auf diese Weise soll die erforderliche Bandbreite der Tätigkeiten sichergestellt werden.

Anschrift: Gesellschaft für Politische Aufklärung, Rothenhausgasse 6/8, 1090 Wien, Tel.: 0043 222 / 426280.

(Gekürzt. Aus Informationsdienst der AVS Bonn)